

26.05.2020

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktionen der SPD „Familien brauchen klare Perspektiven und gezielte Unterstützung – Plan zur Kita-Rückkehr für Kinder entwickeln“ (Drucksache 17/9359)

Kinder und Familien in der Krise unterstützen – klare Perspektiven für die Kinderbetreuung schaffen

I. Ausgangslage

Die Belange von Kindern und Familien müssen in der Corona-Krise eine zentrale Rolle spielen. Doch zeigt die aktuelle Situation, dass Kinder und Familien bei der öffentlichen Krisenbewältigung nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Dabei waren und sind Kinder von den Einschränkungen besonders hart betroffen. Durch Kontaktverbote, Kita-, Schul- und Spielplatzschließungen fehlten für sie wichtige soziale Kontakte zu Gleichaltrigen und ihnen wichtigen Bezugspersonen wie Großeltern oder Erzieherinnen und Erziehern. Die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen wurden noch weitreichender eingeschränkt als für die Erwachsenen. Ihnen wurden zentrale Lebensorte und Erfahrungsräume auf Wochen genommen. Die ersten Lockerungen haben für Kinder und Familien nur wenig Erleichterung gebracht.

Kinder haben Rechte und das auch und gerade in Krisenzeiten. Diese Rechte auf Schutz, Förderung, Beteiligung und Teilhabe, auf Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung sowie auf Ruhe und Freizeit, Spiel und Erholung wurden in den vergangenen Wochen massiv eingeschränkt.

Für viele Familien ist die aktuelle Situation eine große Herausforderung und familiäre Spannungen verstärken sich. Durch die Schließung institutioneller Betreuungseinrichtungen bricht auch ein wichtiges Frühwarnsystem im Bereich des Kinderschutzes weg.

Gleichzeitig erleben wir eine Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse. Zwar ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter den aktuellen Bedingungen für alle Eltern eine große Herausforderung, vor dem Hintergrund, dass die Familien- und Sorgearbeit bereits vor der Corona-Krise ungleich zwischen Männern und Frauen aufgeteilt war, droht sich dies nun noch zu verstärken. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung konstatiert, dass Frauen die Hauptlast der zusätzlichen Sorgearbeit aufgrund des eingeschränkten Kita- und Schulbetriebs tragen und damit in besonderem Maße von der Corona-Krise betroffen sind.

Die Corona-Krise darf nicht länger zulasten von Kindern, Familien und Frauen gehen.

Datum des Originals: 26.05.2020/Ausgegeben: 26.05.2020

Klare Perspektiven für einen Wiedereinstieg schaffen

Nach dem harten Schritt der Schließungen von Kitas und Schulen zu Beginn der Krise, hat NRW schnell reagiert und die Notbetreuung für mehr Gruppen ausgeweitet. Sehr frühzeitig hat die Landesregierung nachgesteuert und Familien, in denen nur ein Elternteil in einem systemrelevanten Beruf arbeitet, den Zugang zur Notbetreuung ermöglicht. Hinzu kamen Kinder, deren Wohl sonst möglicherweise akut gefährdet gewesen wäre und die sich in Hilfeplanverfahren befinden. Mittlerweile können Kinder berufstätiger Alleinerziehender, Kinder mit Behinderung sowie Vorschulkinder mit einer Anspruchsberechtigung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) wieder in die Kita zurückkehren. Zum 28. Mai folgt dann die weitere Öffnung für alle Vorschulkinder.

Vor Wochen bereits kündigte der Familienminister mit markigen Worten an, er würde notfalls allein weitere Öffnungsschritte einleiten, wenn die Kanzlerin und die Konferenz der Ministerpräsidenten/-innen nicht das Konzept der Jugend- und Familienministerkonferenz beschließen würden. Doch auf klare Perspektiven warteten Eltern und Kinder zunächst vergebens.

Noch Anfang Mai kündigte Familienminister Joachim Stamp an, dass ein Großteil der Kinder nur für weitere zwei Tage bis zu den Sommerferien in die Kita zurückkehren könnten. Die überfällige Kurskorrektur folgte dann am 20. Mai mit der Ankündigung, dass zum 8. Juni nun doch alle Kinder in einem eingeschränkten Regelbetrieb in die Kita zurückkehren können.

Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung sowie der Kinder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertageseinrichtungen hat auch weiterhin oberste Priorität.

Gerade mit kleinen Kindern ist aber das Einhalten von Abständen und Hygieneregeln eine besondere Herausforderung. Kinder brauchen Kontakt und können sich nicht an strikte Abstandsregeln halten. Es ist daher wichtig, die bestehenden Hygienepläne in Kitas an die neuen Notwendigkeiten durch die Corona-Pandemie anzupassen. Feste Gruppen, klare räumliche Trennung zwischen den einzelnen Gruppen, das Erproben von kindgerechten Hygienemaßnahmen und die noch regelmäßige Reinigung der Einrichtungen sind daher unerlässlich.

Die Zeit bis zum 8. Juni muss das Familienministerium nun nutzen, um mit den Trägern und Kommunen gemeinsam tragfähige Personal- und Raumkonzepte sowie Hygienekonzepte zu entwickeln. Ein Chaos wie bei der Öffnung der Schulen darf sich bei den Kitas nicht wiederholen.

Das Familienministerium muss schnellstmöglich Klarheit über die Personalsituation in den Kitas schaffen. Auch pädagogische Fachkräfte gehören zu Risikogruppen und können daher derzeit nicht oder nur eingeschränkt eingesetzt werden. Die ohnehin bereits angespannte Personallage in den Kitas verschärft sich dadurch dramatisch. Die widersprüchlichen Aussagen seitens des Schulministeriums zum Einsatz von Lehrkräften aus Risikogruppen, haben zu erheblicher Verunsicherung geführt. Um einem weiteren Vertrauensverlust vorzubeugen, muss das Familienministerium klare Regelungen schaffen, welches Personal eingesetzt werden kann und unter welchen Maßgaben Personal auch weiterhin nicht im direkten Kontakt mit Kindern arbeiten kann.

Das Land muss zusätzliche Mittel bereitstellen, um pädagogischen Fachkräften auf freiwilliger Basis zu ermöglichen, ihre Stunden aufzustocken, wenn sie derzeit nicht in Vollzeit arbeiten. Denn die Mittel der KiBiz-Pauschalen decken Stundenaufstockungen und weitere Ergänzungskräfte nicht ab.

Noch immer ist das Wissen über die Auswirkungen des Corona-Virus auf Kinder zu gering. Wir brauchen eine wissenschaftliche Begleitforschung für die Öffnungsschritte in der Kinderbetreuung, um zum einen mehr Erkenntnisse über die Auswirkungen des Virus auf Kinder zu gewinnen und andererseits ein Monitoring über die Auswirkungen von Öffnungen der Kinderbetreuung auf das Infektionsgeschehen insgesamt aufzubauen. Regelmäßige Tests in einer Modellkommune reichen nicht aus. Die Landesregierung muss eine Corona-Teststrategie für ganz NRW entwickeln und dabei auch Konzepte für die Testung von Kita-Fachkräften, Tageseltern und Kindern vorlegen.

Kreative und vielfältige Angebote für den Sommer ermöglichen

Auch wenn es nun in diesem Kita-Jahr doch noch eine eingeschränkte Regelbetreuung in den Kitas geben wird, so wird die Sommerzeit viele Familien und ihre Kinder vor erneut große Herausforderungen stellen. Ferienangebote können möglicherweise nicht wie gewohnt stattfinden und viele Eltern mussten ihren Urlaub während der Schließung von Kitas und Kindertagespflege zur Betreuung ihrer Kinder aufwenden. Auch in den Kita-Schließzeiten müssen alternative Angebote geschaffen werden, um Kinder nicht gleich wieder im Kontakt zu anderen Kindern massiv einzuschränken und Eltern zu entlasten.

Auch für kleine Kinder müssen Angebote im Sinne anregender Freizeitprogramme in festen Kleingruppen angeboten werden. Sport- und Bewegungsangebote im Freien, feste Spielgruppen, kreative Angebote durch Kultureinrichtungen, aber auch die Schaffung von mehr Platz für Kinder im öffentlichen Raum durch temporäre Spielstraßen sollen unterstützt werden. Dazu muss die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen einen Rahmen vereinbaren und zusätzliche Mittel für deren Ausgestaltung zur Verfügung stellen.

Kindern und Familien endlich eine Stimme im öffentlichen Krisenmanagement geben – Ein Familien-Gipfel für NRW

Während beim „Lockdown“ Schulen und Kitas von heute auf morgen geschlossen wurden und Familien die Betreuung ihrer Kinder allein gestalten mussten, spielen sie bei den aktuellen Diskussionen um schrittweise Lockerungsmaßnahmen kaum eine Rolle. Während andere europäische Länder die Priorität auf Familien gelegt haben und zunächst Konzepte für die Öffnung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen auf den Weg gebracht haben, geht Deutschland den umgekehrten Weg. Seit Wochen wird über die Öffnung von Kaufhäusern, Restaurants und die Wiederaufnahme des Spielbetriebs der Fußballbundesliga der Männer diskutiert. So wichtig eine schrittweise Lockerung der Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ist, so bleiben doch die Interessen von Kindern und Jugendlichen vielfach außen vor. Klare Konzepte zu schrittweisen Öffnung von Kitas und Schulen sowie zu alternativen Angeboten für alle Kinder werden nur zögerlich auf den Weg gebracht.

Die Landesregierung hat bei der Öffnung die falschen Prioritäten gesetzt. Eine gesicherte Betreuungssituation für Familien ist die Voraussetzung, um auch wirtschaftlich wieder hochfahren zu können. Familien wurden zu lange mit ihrer herausfordernden Situation allein und ohne Perspektive gelassen.

Kinder, Jugendliche und Familien dürfen nicht länger mit ihren Bedürfnissen und Forderungen übersehen werden. Wir brauchen jetzt einen Familien-Gipfel, um diesen vernachlässigten Interessen endlich Gehör zu verschaffen. Die Perspektiven von Kindern, Jugendlichen und Familien müssen bei diesem Gipfel genauso vertreten sein, wie die von Trägern, Kommunen und pädagogischem Personal. Gleichermaßen müssen Verbände, Wissenschaft, aber auch Kinderärzte und -psychologinnen und -psychologen einbezogen werden.

Auch Eltern brauchen einen Rettungsschirm

Wochenlang wurden Eltern mit der Betreuung ihrer Kinder mehr oder weniger allein gelassen. Auch mit die Rückkehr zum eingeschränkten Regelbetrieb wird es weiterhin Betreuungslücken für viele Familien geben.

Das Hin-und-Her der Bundesregierung bei der Verlängerung der Lohnersatzleistungen nach dem Infektionsschutzgesetz war ein fatales Signal an Familien. Zwar werden die Zahlungen nun verlängert, sie bieten allerdings weiterhin für viele Eltern keine Unterstützung. Gerade Frauen drohen in der aktuellen Situation aus dem Arbeitsmarkt gedrängt zu werden, weil sie ihre Arbeitszeit reduzieren, um die Betreuung der Kinder sicherzustellen. Die Leistungen für Familien nach dem Infektionsschutzgesetz müssen zu einem „Corona-Elterngeld“ weiterentwickelt werden, damit Eltern auch dann Unterstützung erhalten, wenn sie ihre Arbeitszeit aufgrund nicht ausreichender Kinderbetreuung durch den eingeschränkten Regelbetrieb reduzieren müssen. Auch Homeoffice und Kinderbetreuung ist auf Dauer nicht miteinander zu vereinbaren.

Aber auch die Landesregierung muss Eltern finanziell entlasten. Daher erwarten wir von der schwarz-gelben Landesregierung das Signal an Eltern und Kommunen, dass das Land die Elternbeiträge bis zur Rückkehr zu einem regulären Regelbetrieb übernimmt.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Ein klares Personal- und Infektionsschutzkonzept für einen eingeschränkten Regelbetrieb in der Kindertagesbetreuung vorzulegen.
2. Mittel für zusätzliche Personalkapazitäten, z.B. durch Stundenaufstockungen von Teilzeitkräften oder weitere Ergänzungskräfte, bereitzustellen, um die Personalengpässe durch den Ausfall von Risikogruppen abzufedern.
3. Die Corona-bedingten Mehrkosten im Bereich der Hygienekonzepte Trägern und Tagespflegepersonen zu erstatten.
4. Die Elternbeiträge bis zur Rückkehr in den regulären Regelbetrieb auszusetzen und, im Sinne der Entlastung der Kommunen, vollständig aus Landesmitteln zu kompensieren.
5. In den Sommerferien alternative Angebote der Freizeitgestaltung für Kinder im Kita-Alter zu ermöglichen und durch ein Förderprogramm zu unterstützen.
6. Eine NRW-weite Begleitforschung für die schrittweise Öffnung sowie die Rückkehr zum eingeschränkten Regelbetrieb der Kinderbetreuung in Auftrag zu geben.
7. Schnellstmöglich zu einem Familien-Gipfel, unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie Trägern, Kommunen und Vertreter/-innen aus Verbänden, Wissenschaft und Kinderärztinnen und Kinderärzte und -psychologinnen und -psychologen einzuladen.
8. Sich auf Bundesebene für die Weiterentwicklung der Lohnersatzleistung nach dem Infektionsschutzgesetz im Sinne eines „Corona-Elterngeldes“ einzusetzen.

Monika Düker
Arndt Klocke
Verena Schäffer
Josefine Paul

und Fraktion